

EWS und EBS liegen bei den Strompreisen nun fast gleichauf

Einst hatte das Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz die Nase vorn, nun ist das EW Schwyz leicht im Vorteil.

Franz Steinegger

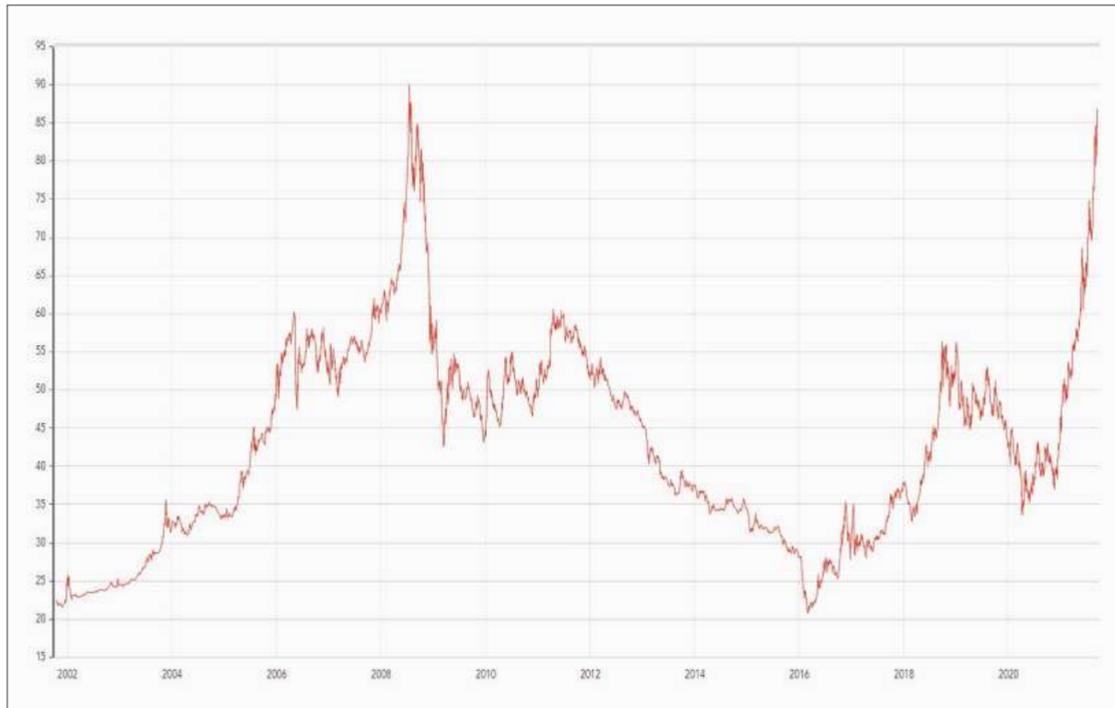
Das Elektrizitätswerk Schwyz (EWS), eine Tochtergesellschaft der Central-schweizerischen Kraftwerke (CKW), kann ab 1. Oktober die Preise für die Kunden der Grundversorgung (Bezug unter 100 000 kWh pro Jahr) um durchschnittlich 4,6 Prozent senken. Tiefere Tarife in der Netznutzung stehen höheren Energietarifen aufgrund der steigenden Beschaffungskosten um 0,3 Rp/kWh gegenüber. Weil den Kunden eine Sonderreduktion von 0,8 Rp/kWh zurückbezahlt wird, resultiert unter dem Strich eine tiefere Belastung. Geschäftskunden mit einem Strombezug von über 100 000 kWh profitieren zusätzlich durch Mehrjahresverträge.

Das Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz, heute ebs Energie AG, bietet unveränderte Preise für das kommende Stromjahr an. Damit liegen die beiden Versorger des inneren Kantonsteils fast gleichauf: Die Privatkunden bezahlen beim EWS durchschnittlich 20,27 Rp/kWh, bei EBS sind es 20,40 Rp. Damit hat das EWS in den vergangenen zehn Jahren Boden gutgemacht.

Konzessionserneuerung kostet EBS viel Geld und Geduld

Im Jahr 2011 war das EBS mit 16,78 Rp/kWh noch um fast 3,5 Rappen günstiger als das EWS mit 20,17 Rappen. «Die Energietarife sind in erster Linie von unseren Gestehungskosten in den Muotakraftwerken geprägt. Die Planungsarbeiten für die bevorstehende Neukonzessionierung haben hier einen erheblichen Einfluss auf diese Kosten», nennt EBS-Direktor Hans Bless einen der Hauptgründe für die Angleichung. Hinzu komme, dass die Tarife für die Benutzung des Stromnetzes und die Abgaben an den Staat zugenommen hätten. Seit dem Jahr 2008 unverändert bei 1,24 Rp/kWh geblieben ist hingegen die Auszahlung an die beteiligten Konzessionäre.

Einfluss hat insbesondere der europäische Strompreis. Dieser ist sehr volatil (siehe Grafik). Seit dem Tiefpunkt



Die Grafik zeigt die Entwicklung des Strompreises an der europäischen Leipziger Strombörse seit 2002. Die Schweizer Preise entwickeln sich parallel dazu. Seit einem Jahr ist er wieder stark steigend. Angaben in Euro pro MWh. Grafik: EWS

2016 steigt er und liegt derzeit nahe am Höchstpreis, erklärt EWS-Geschäftsführer Peter Suter. Er führt den im Vergleich zu EBS günstigeren Kostenverlauf auf diverse Effizienzsteigerungen zurück, welche die Kosten für den Bau und den Unterhalt des Stromnetzes stabilisierten.

Eine neue Aufgabe kommt auf die Elektrizitätswerke mit der zweiten Marktöffnung zu, wenn auch Kleinkunden den Bezüger frei wählen können. Hans Bless sieht dabei keine Nachteile für kleinere Kraftwerke. Es sei «einfach eine neue Herausforderung. Wir achten darauf, dass wir eine stabile Basis haben, damit die Kunden bei uns gut aufgehoben sind. Unser grosser Trumpf ist die durch die Muota erzeugte einheimische Energie.»

Fast **3,5** Rappen war die Kilowattstunde vor zehn Jahren beim EBS günstiger als beim EWS.

Rund **20,30** Rappen zahlt heute der Stromkunde bei beiden Elektrizitätswerken.

Vergleich EBS - EWS

Der Strompreis setzt sich aus vier Elementen zusammen: Energiekosten, Netzkosten, Konzessionsabgabe, gesetzliche Abgaben (Gewässerschutz und KEV). Ein Vergleich per 2022 zeigt, dass beide Elektrizitätswerke ziemlich gleichauf liegen (Angaben in Rappen pro Kilowattstunde kWh):

	EWS	EBS
Energie	7,92	7,90
Netznutzung	8,80	8,96
Konzessionsabgabe (je nach Gemeinde)	0-1,25	1,24
Gesetzliche Abgaben	2,30	2,30
Total	19,02-20,27	20,40

Zu beachten ist, dass die Anbieter diverse Bezugsmodelle haben.

Nachgefragt

«Schliessung führt sicher nicht zu tieferen Kosten»

Die Krankenkassen verlangen von der Notfallpraxis Schwyz Gelder zurück. Seit gestern ist die Notfallpraxis im Spital nun geschlossen – mindestens vorübergehend. Spitaldirektorin Franziska Föllmi sagt, was die Folgen sind.

Bereits gestern schloss die Notfallpraxis mindestens interimistisch die Türen. Was hat das für Auswirkungen auf das Spital Schwyz?

Die Schliessung der im Spital Schwyz eingemieteten Notfallpraxis der Hausärzte ist für uns sehr bedauerlich. Die Zusammenarbeit hat seit der Eröffnung 2014 hervorragend funktioniert und war für beide Seiten von Vorteil.

Seit 2014 ist die Notfallpraxis im Spital eingemietet. Wie gross wird der Ausfall an Mieten sein, wenn die Genossenschaft definitiv schliessen müsste?

Die genutzte Fläche der Praxis ist nicht sehr gross. Der Mietausfall ist definitiv

nicht das relevante Problem der Schliessung. Vielmehr gilt es, die jetzt plötzlich wegfallenden, bestens etablierten Strukturen sofort zu ersetzen und mittel- und langfristige Lösungen zu finden. Das Spital Schwyz unterstützt die Hausärzte bei der Suche nach Alternativen. Es geht darum, logistisch, medizinisch und organisatorisch eine optimale Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Wie beurteilen Sie das Vorgehen der Krankenkassen, und wie beurteilen Sie die Folgen für die Patienten und Patientinnen, die bis jetzt einfach im Spital an den Wochenenden betreut werden konnten?

Das Vorgehen der Krankenkassen ist offensichtlich schweizweit koordiniert. Es erschwert die an vielen Orten bestens etablierte Zusammenarbeit zwischen Hausärzten und Spitälern.



Spitaldirektorin Franziska Föllmi versteht die Krankenkassen nicht. Bild: Archiv

Würde die Schliessung der Notfallpraxis für die Versicherer letztlich nicht teurer kommen, weil die Notfallbehandlung im Spital mit

einem höheren Tarmed-Ansatz vergütet werden kann?

Die Schliessung der Notfallpraxis führt sicher nicht zu tieferen Kosten. Spitäler sind darauf ausgerichtet, Notfälle aller Schweregrade zu behandeln und halten dafür die entsprechende Infrastruktur und das Personal bereit.

Trotzdem: Verstehen Sie die Position der Krankenkassen, die sich mit ihrem Vorgehen letztlich für die Prämienfelder der Versicherten einsetzen?

Nein. Die Massnahme führt ja nicht zu weniger Behandlungen insgesamt und tendenziell sogar zu mehr Behandlungen im Spital. Die Behandlung von Bagatellfällen im Notfall des Spitals ist nicht Kernaufgabe des Spitals. Behandlungen im Rahmen der Hausarztmedizin werden am besten von Hausärzten vorgenommen.

Jürg Auf der Maur

Drei Mal Nein sagt die SVP

Kanton Am 31. August hat die SVP Kanton Schwyz die Parteiversammlung abgehalten. Für die Abstimmungen vom 26. September empfiehlt die Kantonalpartei drei Mal Nein.

Die Juso-Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» verwarfen die anwesenden Mitglieder klar. Die Initiative sei nicht vereinbar mit einer freitlichen und von Familienbetrieben geprägten Wirtschaft. Auch die zweite eidgenössische Vorlage, welche eine Ehe für alle fordert, wurde mit 77 zu 1 Stimmen deutlich abgelehnt. Die Vorlage sei vor allem mit der neu zugelassenen Samen-spende für lesbische Paare überladen. Zudem werde der Ehebegriff in der Verfassung neu ausgelegt. Zur kantonalen Vorlage für die Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen sagt die Kantonalpartei mit 37 zu 33 Stimmen Nein. Verschiedene Gemeindevertreter plädierten zwar für ein Ja, weil die Kostenübernahme durch den Kanton eine Entlastung wäre. Durchgesetzt hat sich aber die Meinung, dass das föderalistische Prinzip hochgehalten werden müsse. (pd)

GLP sagt zwei Mal Ja, einmal Nein

Kanton An der Abstimmungsversammlung vom 10. August hat die Grünliberale Partei Kanton Schwyz die Parolen für die bevorstehenden Abstimmungen gefasst. Die Delegierten befürworten einstimmig die «Ehe für alle» sowie beinahe einstimmig das kantonale Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur AHV. Sie unterstützen das Anliegen, die Gemeindefinanzen zu entlasten. Es entspreche dem Äquivalenz-Prinzip, wonach derjenige die Kosten zu tragen habe, der sie auch beeinflussen könne. Den Ausgleich von rund 30 Mio. Franken könne die mit über 500 Mio. Franken gut gefüllte Staatskasse tragen.

Zur 99%-Initiative wurde deutlich die Nein-Parole gefasst. Die Grünliberalen sehen in einer wachsenden Armut und aufgehenden sozialen Schere ebenfalls eine gewisse Gefahr. Diese sei jedoch nicht derart gravierend, wie von den Initianten dargestellt werde. Die grösste Umverteilungsmaschine in Form der direkten Bundessteuer reiche aus, um hohe Einkommen zu besteuern. (pd)

Jungparteien sind für «Ehe für alle»

Kanton Die Jungfreisinnige Kanton Schwyz, die Junge Mitte Kanton Schwyz, die Junge Grünliberale Kanton Schwyz und die Juso Kanton Schwyz unterstützen geeint die Ehe für alle, über welche wir am 26. September abstimmen.

«Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.» So stehe es zumindest in unserer Bundesverfassung, faktisch sei dies jedoch noch längst nicht Realität, halten sie in einer Medienmitteilung fest. «Es gibt immer noch Unterschiede – so auch im Eherecht, welches zwischen hetero- und homosexuellen Paaren unterscheidet.» Was in der Realität bereits geschehe, sei im Gesetz nicht reflektiert. Die Ehe für alle sei ein klarer und längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichberechtigung für homosexuelle Paare. Bereits heute würden schätzungsweise 30 000 Kinder in einer sogenannten Regenbogenfamilie leben. Diese seien in einer rechtlich heiklen Lage. Mit der Annahme der Ehe für alle wären in Zukunft homosexuelle Paare und ihre Kinder rechtlich besser geschützt. (pd)